



Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt das Konjunkturpaket der Öffentlichkeit bei einer Pressekonferenz vor.

Foto: dpa



Die Mehrwertsteuersenkung – nur ein Strohfeder?

Foto: dpa



Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur macht Sinn.

Foto: dpa

## KOLUMNE

## Der Sozialstaat ist systemrelevant

VON PETER SCHALLENBERG

Nach Corona ist nichts mehr wie es vorher war: Das gilt auch und gerade für den Sozialstaat und unser bisher gewohntes Modell von Sozialer Marktwirtschaft. Der bekannte Soziologe Heinz Bude hat schon im vorigen Jahr in seinem Buch „Solidarität: Die Zukunft einer großen Idee“ vom Ende des Neoliberalismus und von einem neuen starken Sozialstaat geschrieben. Gemeint ist: Die berühmte „unsichtbare Hand des Marktes“, von der Adam Smith im 18. Jahrhundert sprach, regelt keineswegs automatisch die zunächst egoistischen Interessen von höchst unterschiedlichen Marktteilnehmern zum Wohle Aller. Schon J.A. Schumpeter nannte die kapitalistische Marktwirtschaft einen „Prozess schöpferischer Zerstörung“ und mit Blick auf zerstörte Umwelt, gestörtes Klima und zerstörte Existenzen durch Insolvenz leuchtet das unmittelbar ein. Im Zuge des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs bleiben immer die schwächeren Teilnehmer im Markt auf der Strecke; ein Blick auf verödete Innenstädte ohne familiengeführten Einzelhandel und Gasthäuser zeigt das zur Genüge.

Die Corona-Krise lässt deutlicher denn je seit Ende des Zweiten Weltkrieges fragen: Welche Aufgaben und Dienstleistungen sind „systemrelevant“, soll natürlich heißen: dienen dem Gemeinwohl und nicht bloß dem Gewinninteresse Einzelner? Ist das öffentliche Gesundheitswesen, das in Deutschland glücklicherweise zum Teil privat und im geordneten Wettbewerb organisiert wird, systemrelevant? Gewiss, und es wird in Zukunft noch besser ausgebaut werden müssen, um nicht in italienische oder englische Zustände der Gesundheitsunterversorgung abzurutschen. Das aber wird Geld kosten, Steuergeld... Sind Pflegeheime und Pflegeberufe systemrelevant? Gewiss, und auch hier wird Ausbau und vor allem bessere Bezahlung anstehen, und wird zusätzlich Geld kosten... So gehen die von Corona angestoßenen Fragen weiter, immer mit Blick auf das Gemeinwohl, für das ein starker (nicht verfetteter) Staat zuständig ist, bis hin zur Frage: Ist eine nationale Fluglinie systemrelevant? Möglicherweise... Ist ein Bahnunternehmen eine öffentliche systemrelevante Aufgabe, die wasserrecht finanziert werden muss? Ganz sicher...

Und noch weiter: Ist eine Industrieproduktion mit langen globalen Lieferketten weiter zu betreiben? Nach Möglichkeit nicht. Sind bestimmte Weisen der Fleischproduktion weiter zu tolerieren? Ganz sicher nicht.

Die Pandemie verursacht eine Krise und stellt Wirtschaft und Sozialstaat auf den Prüfstand der „Systemrelevanz“, der Wichtigkeit im Hinblick auf die Förderung und den Schutz jeder Person im Staat, und zwar unter den Kriterien des Gemeinwohls und der Nachhaltigkeit. Auch und gerade mit Blick auf ein neues Verständnis von Solidarität: Hilfe und Unterstützung für die besonders Verwundbaren und Schwächeren in einer Gesellschaft, und hier besonders für Alte und Kranke und die im Krankenhaus und in der Pflege Beschäftigten. Das braucht einen finanzstarken Sozialstaat, und nebenbei: Das braucht auch einen starken Föderalismus von Bundesländern, die im Wettbewerb um die besten Lösungen in einer Pandemie ringen und regionale Wege ermöglichen, und eher keinen zentralistischen Einheitsstaat.



Der Autor ist Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ. Foto: KNA

# Im Zeichen des Neostaatskapitalismus

## Was ist vom Konjunkturpaket der Bundesregierung zu halten? Eine Analyse

VON RICHARD SCHÜTZE

Davon hätte der real existierende Sozialismus nie zu träumen gewagt: Der Kapitalismus, sprich, die von Kapital und Unternehmensegeist angetriebene Marktwirtschaft, war wochenlang wie gelähmt und nicht einmal in der Lage, die Nachfrage nach Toilettenpapier zu bedienen. So kannte man das aus der DDR: Kein Material, keine Produktion, kein Angebot. Leere Regale, geschlossene Geschäfte, leergefegte Straßen. Ausnahmezustand und, wenn nicht Kriegs-, so doch Krisenwirtschaft. Neben der aufgerollten Ware für's Häuschen blieb findigen Unternehmern nur die Jagd nach Desinfektionsmitteln und dem wichtigsten Accessoire für den großen Ball: Masken. In allen Farben, Formen und Qualitäten.

Doch die Wirtschaft funktionierte und schaffte millionenfach ins Land, was für den Maskenball lebenswichtig war. Aber wie schon zu Beginn der Pandemie abermals Staatsversagen auf ganzer Linie. Verzweifelt warteten Ärzte, Pfleger und Polizisten auf Schutzkleidung. Doch erst kam die Ware hier und da unter dubiosen Umständen auf dem Transport abhandeln, dann folgten wochenlanges Zertifizieren und Zollformalitäten in den Lagerhallen deutscher Flughäfen bis ausgeliefert und flächendeckend die ordnungsgemäße Ver-

mummung stattfinden konnte. Mit Millionen Euro hatten zumeist mittelständische Unternehmer dieses Treiben nach viel Stress mit Banken und Sparkassen komplett vorfinanziert. Jetzt sitzen sie auf den Rechnungen, denn Vater Staat hatte mal wieder nicht aufgepasst und im Tohuwabohu viel zu viel geordert.

Derweil lässt sich die Politik erst mal ordentlich feiern. Parole: Alles richtig gemacht beim Corona-Krisenmanagement. Den befürchteten Kliniknotstand, überlastete Intensivstationen und die Triage mit hunderten Toten verhindert. Im Vergleich mit anderen, die ein miserables oder eher gar kein öffentliches Gesundheitswesen haben, steht Deutschland brillant da. Wer Erfolg hat, der hat Recht. Kein Wort über die Verniedlichung der Pandemie bis in den März hinein mit Kölner Karneval und Fußball-Champions league, über mangelhafte Vorsorge betreffend die Vornahme von Schutzkleidung, über zu wenige Corona-Tests, zu späte Feldstudien und Obduktionen oder über die bereits in der Pandemie-Studie aus dem Jahr 2012 zu just Corona-Viren aus China aufgelisteten und nicht befolgten Maßnahmen (BT-Drucksache 12/17051).

Nach dem massivsten ökonomischen Breakdown der Nachkriegszeit soll nun mit einem finanziellen „Wumm“ ein neues Wirtschaftswunder gezündet werden. Mit jenem nachgewiesenermaßen wenig vorausschauend agierenden Staat in der Rolle des Superkapitalisten. Der Neostaatskapitalismus aber vertraut dabei nicht der als „neoliberal“ gescholtenen „invisible hand“ des Marktes, sondern seiner eigenen polit-ökonomischen Kompetenz. Mit dem auf Jahrzehnte von der jetzigen und künftigen Generationen entliehenen Kapital seiner Bürger, sprich, der Steuerzahler und der Altersvorsorge betreibenden Sparer, wird richtig reingeklotzt. Wenn alle Vorhaben durch den Bundestag durchkommen und auch einer vielleicht damit befassten obersten Gerichtsbarkeit standhalten, dann soll-

len, ganz nach dem Muster der Europäischen Zentralbank (EZB), aus dem Bundeshaushalt weitere 130 Milliarden Euro in gigantische Zukunftsprogramme fließen.

Schon 2005 hatte die Politik die Ideen des spöttisch „Professor aus Heidelberg“ titulierten Paul Kirchhof für eine durchgreifende Steuerreform torpediert und sich auch danach nie wieder aufraffen können, dieses wichtige Thema noch einmal aufzugreifen. Nun lautet die Devise sogar: Viel hilft viel. Wie in der Ära der Wiedervereinigung wuchert die Hoffnung, dass sich mit Abermilliarden auch eine Wüste in eine Oasenlandschaft verwandeln lässt. Bei den mit zum Teil recht rüden Polizeieinsätzen vielfach unterbundenen Hygienedemonstrationen hatten sich die wenigen Protestler an die Abstandsregeln gehalten und niemand infiziert; nun aber bleibt abzuwarten, ob die dem politischen Mainstream genehmeren Antirassismus-Demonstrationen von Tausenden ohne allen Abstand vielleicht eine neue Corona-Infektionswelle auslösen. Oder ob die Politik sich doch noch einen Ruck gibt und die meisten Corona-Regeln aufgibt und das soziale Leben und die Marktplätze wieder durchgehend öffnet. Ein entsprechender Masterplan wäre die Grundbedingung für eine Revitalisierung von Handel und Wandel.

Die GroKo aber geht mit ihrem Füllhorn voll geborgtem Geld, so der CDU-Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, „an die Grenze dessen, was das Land ertragen kann“ und hätte im Falle einer zweiten Corona-Welle „kein Pulver mehr“. Die geplante Senkung der Mehrwertsteuer ist ein klassisches Beispiel für einen Strohfeder-Effekt. Sie produziert 20 Milliarden Euro Mindereinnahmen und soll ab dem 1. Juli auf nur sechs Monate befristet gelten. Zunächst müssen Industrie und Handel dann gleich zweimal binnen recht kurzer Zeit kostenträchtig alle Waren neu auszeichnen und ihre Buchungssysteme um-

stellen. Konsumgüter wie Bekleidung oder auch Autos werden zudem sowieso mit Rabatten und zu Schnäppchenpreisen offeriert, da fallen drei Prozent zusätzlicher Preisnachlass kaum ins Gewicht. Und die dank dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz vorgesehene abermalige Steigerung der in Deutschland bereits besonders teuren Strompreise werden nun zwar nicht dem Verbraucher, dafür aber dem Steuerzahler aufgelegt; ein Taschenspielertrick der Extraklasse. Genau wie bei den Sozialversicherungen: Deren Beitragssätze sollen festgeschrieben werden und die zu erwartenden Finanzlücken in den gesetzlichen Krankenversicherungen wie auch bei der durch das millionenfach gezahlte Kurzarbeitergeld ausgebluteten Arbeitslosenversicherung sollen durch den Bundeshaushalt ausgeglichen werden. Privatversicherte, Selbstständige und Beamte zahlen dann zwar unfreiwillig mit ein in die Sozialkassen und beteiligen sich damit indirekt wohl schon am Aufbau einer einheitlichen deutschen Sozialversicherung; damit ist der Weg zur Bürgerversicherung vorgezeichnet. Selbstverwaltung und Wettbewerb aber werden auf diese Weise endgültig ausgehebelt. Statt zu sparen, enteignet der Staat lieber seine Bürger durch eine Manifestierung der Nullzinspolitik, befriedigt Lobbyinteressen und fördert mit dem Elektroantrieb bei Autos gezielt eine Technologie, für die es noch keine infrastrukturellen Voraussetzungen gibt und für die tausende Zulieferbetriebe nicht gerüstet sind. Obendrein droht ob der geplanten immensen Neuverschuldung auf Bundes- und EU-Ebene eine Hyperinflation, die dann endgültig das Narrativ vom reichen Deutschland ad absurdum führen dürfte. Allenfalls die vorgezogenen Investitionen in die Digitalisierung und die Infrastruktur von Straßen, Schiene und Bildung machen Sinn. Doch umso mehr droht mit dem Einstieg des Staates bei großen Unternehmen eine unselige Rückkehr des Staatskapitalismus und damit eine neue ineffiziente Politökonomie.